

# BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim  
V.i.S.d.P DKP Heidenheim R. Püschel

BLICKPUNKT Nr. 03

April 2004

Jahrgang 32

## Veranstaltungshalle Seewiesen „Brenz-Park“ oder „Brenz-Arena“ eine Zukunftsinvestition !

Die Investorensuche für eine Schlossbergbebauung (Luxushotel mit Stadthalle und Parkhaus) war ein Schlag ins Wasser. Kann die Schlossberg-Entwicklungs-gesellschaft nicht aufgelöst werden? Schadenfreude kommt nicht auf. Aber OB Ilg trägt die Verantwortung für den verspäteten Baubeginn der Veranstaltungshalle in den Seewiesen.

Jetzt mit aller Kraft für die Realisierung der Veranstaltungshalle in den Seewiesen.

Die Planungs- und Bauverzögerung, die OB Ilg zu verantworten hat, muss aufgeholt werden.

Das Versprechen an die Heidenheimer Bevölkerung, an den Sport, an alle die sich auf eine Aufwertung des Gartenschaugeländes gefreut haben, muss erfüllt werden.

Die freundliche Kulanz, die der Gemeinderat dem OB Ilg im Zusammenhang mit seiner Sinneswandlung eingeräumt hat, ist erschöpft. Die Pläne der Veranstaltungshalle in den Seewiesen für Menschen, Musik, Messe, Match, Sport, Saal, Foyer müssen nachhaltig für die Zeit nach 2006 erfüllt werden. Eine Veranstaltungshalle im Brenzpark passt. Heidenheim baut für die Zukunft.

Das von den Heidenheimer

Grünen initiierte Bürgerbegehren hat seine Wirkung heute schon teilweise erfüllt. Mit ihrer kritischen Initiative,



das Volk soll entscheiden, war die Suche eines Investors für eine Schlossberg-Stadthalle erschwert. Jetzt gilt es, die Grünen davon zu überzeugen, sich für eine Veranstaltungshalle Seewiesen einzusetzen.

Noch ist der Beschluss Veranstaltungshalle in den Seewiesen nicht erfüllt. OB Ilg hat neue Varianten bereits publiziert. Täuscht er kalte Füße vor? Eine Auslastung sei für

die Zukunft nicht gesichert. Seine Alternative: „Leere Fabrikhallen“ bei VOITH, auch bei EPCOS könnten erhalten,

um sein Versprechen abgespeckt umzusetzen. Mit dieser Strategie hält er sich die Schlossbergbebauung offen und verhindert die Realisierung des Gemeinderatsbeschlusses Veranstaltungshalle Seewiesen.

Die DKP steht für eine Seewiesenbebauung. Die Täuschungsstrategien von OB Ilg sind durchschaut. Wie sich die Gemeinderatsfraktionen verhalten, bleibt abzuwarten. ★



M. Griesinger  
GBH - Vorstand

## Der Abrisspocker von GBH-Chef Griesinger? Hennenest muss abgerissen werden!

Mit Zustimmung zu einer Entwicklungsgesellschaft Schlossberg GmbH & Co. hat der Gemeinderat seine demokratischen Einflussmöglichkeiten abgegeben. Außer den Firmen Voith und Hartmann, der Baugesellschaft (GBH) und der Stadt Heidenheim gibt es noch acht weitere Teilnehmer in dieser Gesellschaft. Man kann da-

von ausgehen, dass sie nicht aus kommunaler Großzügigkeit dabei sind, eher aus privatem Eigennutz. Rund 2,2 Millionen Euro sind von den genannten Kommanditisten für Grunderwerb, Abbruchkosten und Projektierungskosten eingebracht worden. Die Stadt Heidenheim selbst hat ganze 700.000 € draufgelegt. Damit das "Hennenest" nicht verkommt,

muss es schleunigst abgerissen werden. Wenn jetzt der GBH-Chef Griesinger plötzlich auf die Bremse tritt, ist seine Scheinheiligkeit kaum noch zu überbieten. Griesinger pokert. Er will das Thema bis nach der Kommunalwahl verschieben. Dabei ist doch allen klar, der Abriss wurde ja bereits ausgeschrieben und Angebote von Firmen liegen vor.

Die DKP meint, die Abbruchkosten sind von den zwölf Kommanditisten entsprechend ihrem Anteil aufzubringen. "Hat der Herr den Nutzen, dann fress' er auch den Butzen". Die Schlossberg GmbH & Co. KG ist für die Sauberkeit rund um das "Hennenest"-Areal verantwortlich. Es kann keinem der Gäste aus nah und fern eine verkommene, stillgelegte Gasthausruine zugemutet werden.

Oder spekuliert GBH - Chef Griesinger damit, dass der Steuerzahler für den Abriss doppelt aufzukommen hat?



## Kaugummi spucken wird teuer!

### DKP setzt auf vernünftiges Handeln und Aufklärung

Mit großer Mehrheit stimmte der Gemeinderat der Verschärfung einer polizeilichen Umweltschutzverordnung zu. Vom Kaugummi-spuckenden über den Zigarettenkippenschnippenden bis zum Papiertaschentuch-, Bananenschalen-, Dosen- und Flaschenwegwerfenden, alle diese Verunreiniger der städtischen Wege und Plätze werden verfolgt und einer Strafe zugeführt. Aber, so wie das Taubenfütterungsverbot und das Verbot der Verunreinigung durch Hundekot nicht verfolgt werden kann, so werden die neuen Verbote genauso wenig umgesetzt werden können. Setzt die Stadtverwaltung und die Gemeinderatsmehrheit zukünftig auf Spitzel-

dienste? Der Vorschlag eines Gemeinderatsmitglieds, eine Videokamera einzusetzen ist nicht weit davon entfernt. Jedenfalls ist es ein Verwaltungsaufwand dem kein adäquates Ergebnis gegenübersteht. Bei den Verschmutzern handelt es sich nur um eine

Minderheit. Das Gros der Heidenheimer und Heidenheimerinnen: Sie halten ihre Stadt sauber! Die DKP und ihr Stadtrat Uli Huber setzen lieber auf Aufklärung, denn ein Kaugummispuckender oder ein Tempotaschentuchwerfender wird schwer zu ermitteln sein. Die Probleme mit der Abfallentsorgung sind ungelöst und



Die Taubenarkaden auf dem Eugen-Jaekle-Platz

werden zunehmend teurer. Es gab eine Zeit, da war fast kein Abfallbehälter in der Stadt zu sehen. Es müssen also mehr dieser Behälter aufgestellt und mehr Straßenreinigungskräfte eingestellt werden. Eine saubere Stadt ist auch eine schöne Stadt. Sorgen wir alle dafür!



## Familienfreundliche Stadt

Jetzt, vor den Gemeinderatswahlen, hat der Oberbürgermeister seine "familienfreundliche Stadt" entdeckt. Was steckt dahinter?

Am folgenden Beispiel wird deutlich, dass mit zweierlei Maß gerechnet wird. In der Nibelungenstraße werden derzeit zwei Baugrundstücke zum Preis von mindestens 230 € pro Quadratmeter angeboten. Grundstücke (ohne Erschließung) mit mindestens

800 – 1.000 qm, also rund 230.000 €. Will ein Millionär bauen, denn nur er kann sich so etwas leisten, bekommt er laut OB Ilgs Familienfreundlichkeit einen Abschlag von 25 € pro qm. Wie schön! Das ist das durchschnittliche

Jahresgehalt eines Arbeiters.

Hat so ein Arbeiter eine musikbegabte Tochter, muss er zukünftig einige Euros drauflegen. Denn der Gemeinderat hat nicht nur die Gebühren für die Musikschule erhöht, sondern auch eine Budgetierung beschlossen.

Die Tochter des Millionärs bekommt sicherlich Privatunterricht. Aber die Tochter des Arbeiters, kann die sich die Musikschule noch leisten? Die "Familienfreundlichkeit" des Oberbürgermeisters hat also seine Grenzen.

Die Stadtbücherei West ist geschlossen worden. Warum auch nicht, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende K. Wehrmeister. Ostschule und Voithschule haben ja auch keine Stadtbücherei.



# DKP: Bundeswehrstandort Ellwangen kann geschlossen werden.

Ersatzarbeitsplätze für Betroffenen und Investitionshilfen für die Kommune

Mit 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen wurde eine von OB Ilg empfohlene Resolution zum Erhalt des Bundeswehrstandorts genehmigt.

Eine Resolution mit bundespolitischer Bedeutung.

OB Ilg, ansonsten bedacht, keine Resolutionen und Anträge mit bundespolitischer Bedeutung aus der Mitte des Gemeinderats zuzulassen, hat mit dieser Resolution wiederum bewiesen: Geht es um seine Ziele, ist es gut so, geht es aber um Anträge aus dem Gemeinderat, die zum Tagesordnungspunkt eingebracht werden und dem OB nicht gefallen, werden sie abgewürgt, und zur Abstimmung einfach nicht zugelassen.

So der Antrag des DKP Stadtrats Huber, der eine Alternative ein-

brachte.

Für die Gemeinderatsmehrheit

Anfrage ins Plenum, ob er abstimmen lassen solle, wurde ganz einfach mit Kopfschütteln quittiert.

Auch der Heidenheimer Tagespresse sind solche Vorgänge nichts Wert. Sie halten es nicht für angebracht, solche Zusammenhänge zu berichten. Ihre Hofberichterstattung wurde wiederum an diesem Beispiel deutlich. Die Heidenheimer Öffentlichkeit wird nur sortiert informiert.

Die DKP Heidenheim wird ihrem Wahlspruch: „DKP ins Rathaus, damit man draußen sieht, was drinnen geschieht“ voll gerecht.

Heidenheim braucht eine friedenspolitische Kraft im Rathaus. Eine Kraft, die in der Lage ist, Internationales mit Kommunalem zu verbinden.

## Stellungnahme und Antrag von DKP Stadtrat Huber

Bei der Schließung eines Militärstandorts, an dem 375 Arbeitsplätze hängen, hat eine andere Qualität, wie die Vernichtung von Industriearbeitsplätzen, die durch private Konzern- und Bankentscheidungen, durch betriebswirtschaftliche Rationalisierungsmaßnahmen oder wegen Lohndumping in andere Länder verlegt werden.

Bei der Schließung eines Militärstandorts handelt es sich um eine staatliche, eine gesellschaftliche Entscheidung von oben, mit dem Ziel, eine intelligentere, koordiniertere und effizientere Kriegführung, wie es die neuen Bundeswehrrichtlinien belegen, umzusetzen.

Die Bundeswehr geht nicht mehr vom Verteidigungsfall aus, wie es im Grundgesetz gefordert ist, sondern es wird vom Angriffskrieg, oder Präventivkrieg, der in aller Welt möglich ist, ausgegangen. Solche Militärstrategien sind ein Teil deutscher Großmachtpolitik, die sich als Netzwerk zwischen Politik, Wirtschaft und Militär verfestigt.

Eine solche Politik, wenn man sie politisch will, muss sicherstellen, dass ihre Ziele nicht auf Kosten der Standortkommunen umgesetzt werden.

Ich fordere die Umkehrung der Rüstungsproduktion in eine Produktion zur friedlichen Nutzung der Produktionsmittel.

Wer Milliarden für neue Waffengenerationen hat, der muss auch Millionen für Kommunen haben, die unter der neuen Kriegsstrategie leiden. Im übrigen sehe ich in der gegenwärtigen aggressiven Außenpolitik der BRD an der Seite der USA eine der Hauptursachen des verfeinerten weltweiten Terrorismus.

Die Forderung muss nicht auf den Erhalt von Kasernen fixiert werden, sondern auf deren Auflösung. Es ist ein dauerhafter finanziellen Ausgleich für die Kommune und es sind Ersatzarbeitsplätze für die betroffenen Menschen vor Ort zu schaffen.

Wenn die große Politik in der Lage ist,

? rund 1,4 Milliarden Euro jährlich für Auslandseinsätze in aller Welt zu bezahlen.

Wenn die große Politik in der Lage ist,

? für neue Waffenprogramme rund 45 Milliarden Euro auszugeben, sind angemessene kommunale Ausgleichszahlungen für kommunale Investitionen wegen der militärischen Betriebsschließungen für Ellwangen von 7,5 Millionen Euro jährlich ein Peanuts.

Daher stelle ich alternativ folgenden Antrag zur Abstimmung.

Der Bundeswehrstandort Ellwangen wird geschlossen.

Das Konnexitätsprinzip ist umzusetzen.

Die Stadt Ellwangen wird dauerhaft und angemessenen für den Investitionsverlust entschädigt. Es sind gleichwertige Arbeitsplätzen für die betroffenen Bediensteten zu schaffen.

ein Leichtes, sich hinter den Un-demokratischen Machenschaften von OB Ilg zu verstecken. Seine



Auslandseinsätze	Entsandte	Kosten jährl.	Zivile Alternative
 <p>Anfang 2004 in 7 Ländern u. Gebieten</p>	<p>7.300 Mann</p>	<p>1,4 Mrd Euro</p>	<p>25 000 Krankenschwestern u. 20 000 Altenpfleger</p> 



150 000 in Stuttgart über 500 000 in der BRD und europaweit knapp 2 Millionen, die dem Protestaufruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes gefolgt sind. Und die Politik? SPD und Grüne ignorieren den Protest von Unten. Unbeirrt kündigen sie weitere Einschnitte im sozialen Netz an. Also, den Protest weiter tragen. Die Betriebe werden zum Dreh- und Angelpunkt. Dort dürfen keine Abstriche mehr zugelassen werden.

# Ein Ehrenbürger von uns?

Dr. Rogowski, ein Freund unserer Stadt?

Ein Millionär. Ein Mäzen. Also ein Förderer der Künste und Gelehrten. Ein Gönner der Kunst und der Wissenschaft. OB Ilg vom Volk gewählt, aber eher Industriebossen und Industriepäsidenten zugeneigt.

Knapp 50.000,- Euro anlässlich seines 65. Geburtstages aus Geburtstagsspenden an eine soziale Einrichtung. Auch der Georg Elser Arbeitskreis wurde von Rogowski mit einer „ansehnlichen“ Spende bedacht. Ein Glücksfall unser Ehrenbürger.

Fechter stehen Spalier. Die große Politik gibt sich in der Provinz ein Stelldichein. Herr Ilg als strahlender OB mittendrin. Eines der großen Verdienste von Rogowski sei es gewesen, den Niedergang der Firma der sich durch die Realteilung hätte einstellen, können zu verhindern. Dass es die VOITHianer waren, die sich einmischten, wurde von OB Ilg

nicht erkannt. Der damalige Kampf der VOITHianer um ihre Arbeitsplätze hat sich, wenn man die Gegenwart beurteilt, nicht ausbezahlt. Kein Wort für

die VOITHianer. Warum auch.

Rogowski der BDI-Funktionär, der nicht die Menschen in der Stadt, nicht die Arbeitsplätze im Sinn hat,

der die Ausblutung der Städte und Gemeinden im Sinn hat, der den Rentnern, den Arbeitslosen, Leistungskürzungen zumutet, den Beschäftigten bei VOITH längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich, kürzeren Urlaub und weniger demokrati-



Über 2000 VOITHianer demonstrierten 1990 für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Macht und Prestigekämpfe müssen aufhören. OB Ilg fand kein Wort für die VOITHianer.

sche Rechte zumutet, der Gesetze für Arbeiter und Tarifvertragsrechte ins Lagerfeuer schmeißen will, muss sich die Frage gefallen lassen: Haben Sie diese Ehrenbürgerschaft „verdient“?



Reinhard Püschel  
geb.: 14.12.1951  
Schlosser  
Stell. Vors. Mieterverein DKP Mitglied



Imke Stricker  
geb.: 05.01.1972  
Erzieherin  
parteilos



Salih Ulutas Eryener  
geb.: 01.01.1966  
Arbeiter  
parteilos



Betina Noak  
geb.: 10.06.1948  
Heimerzieherin  
parteilos



Sabine Steck  
geb.: 01.05.1958  
Diplomökonomin  
parteilos  
Oggenhausen



Peter Stricker  
geb.: 23.10.1940  
Musterzeichner  
DKP Mitglied



Wilhelm Benz  
geb.: 19.11.1953  
Verkäufer  
Betriebsrat Pro Markt  
DKP Mitglied

## Am 13. Juni 2004 sind die Gemeinderatswahlen.

### Sieben von 29 Kandidatinnen und Kandidaten werben um Ihre Zustimmung

#### Ein Glücksfall für die Stadt

Er hätte ja für teures Geld entsorgt werden müssen. Der Piercing-Ring am Rathaus. IHK Präsident Althammer machte aus der Not eine Tugend. Ein vielbeachtetes Geschenk für Heidenheim. OB Ilg nahm den Nasenring am Rathaus, ein Symbol wie Stadträte an der Nase geführt werden, dankend an. So bekam unser Rathaus den künstlerischen Touch. IHK Präsident Althammer wird wohl der nächste Ehrenbürger. Ein Glücksfall, der Ring ist fast

nicht zu erkennen. Der Piercing-Ring ist so gut entsorgt worden. Ein Glücksfall für Herrn Althammer.

#### Zur „Kalten Sophie“ ein Sandstrand

Ab 15. Mai bis 19. Juni wird der Eugen-Jaekle-Platz zur „Schwäbischen Karibik“. Laut dem städt. City-Koordinator Zimt wird jede Menge Kleingeld im aufgeschütteten Sand verbuddelt sein. Kinder aus arbeitslosen Familien, können nach finan-

zieller Taschengeldaufbesserung buddeln. Für OB Ilg, seinem Stadtkämmerer und den Fraktionsvorsitzenden wird zu einem durch die Polizei abgesicherten Tag 100.000,-Euro in Scheinen verbuddelt. So können sich die Gemeinderatsfraktionen beim Buddeln für die Aufbesserung der Stadtfinanzen und zur Gemeinderatswahl in Szene bringen. Die DKP wird als Gestaltungsbeitrag in unregelmäßigen Abständen zu den Events karibische Mixgetränke zu Dollarpreisen verkaufen.